

Volks-Zeitung

Berliner

Keite:
jede Woche
Müsik

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig

Mit "Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung Sport-Zeitung
Film-Zeitung Haus u. Garten Zg.
Techn. Zeitung Witzblatt U.L.K.



Schönehauser Allee 144. Schillingstr. 44, Rheinberger Strasse 75, Fennstr. 1, Müllerstr. 10, Hindenburgstr. 1, Kugelstr. 24-27, Rosenhainstr. 24, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 434, 436, 438, 440, 442, 444, 446, 448, 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466, 468, 470, 472, 474, 476, 478, 480, 482, 484, 486, 488, 490, 492, 494, 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 516, 518, 520, 522, 524, 526, 528, 530, 532, 534, 536, 538, 540, 542, 544, 546, 548, 550, 552, 554, 556, 558, 560, 562, 564, 566, 568, 570, 572, 574, 576, 578, 580, 582, 584, 586, 588, 590, 592, 594, 596, 598, 600, 602, 604, 606, 608, 610, 612, 614, 616, 618, 620, 622, 624, 626, 628, 630, 632, 634, 636, 638, 640, 642, 644, 646, 648, 650, 652, 654, 656, 658, 660, 662, 664, 666, 668, 670, 672, 674, 676, 678, 680, 682, 684, 686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 714, 716, 718, 720, 722, 724, 726, 728, 730, 732, 734, 736, 738, 740, 742, 744, 746, 748, 750, 752, 754, 756, 758, 760, 762, 764, 766, 768, 770, 772, 774, 776, 778, 780, 782, 784, 786, 788, 790, 792, 794, 796, 798, 800, 802, 804, 806, 808, 810, 812, 814, 816, 818, 820, 822, 824, 826, 828, 830, 832, 834, 836, 838, 840, 842, 844, 846, 848, 850, 852, 854, 856, 858, 860, 862, 864, 866, 868, 870, 872, 874, 876, 878, 880, 882, 884, 886, 888, 890, 892, 894, 896, 898, 900, 902, 904, 906, 908, 910, 912, 914, 916, 918, 920, 922, 924, 926, 928, 930, 932, 934, 936, 938, 940, 942, 944, 946, 948, 950, 952, 954, 956, 958, 960, 962, 964, 966, 968, 970, 972, 974, 976, 978, 980, 982, 984, 986, 988, 990, 992, 994, 996, 998, 1000.

erschaltet täglich zweimal, Sonntags, Feiertage und Montags einmal. Abonnementspreis monatlich 3 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Druck- und Verlagsanstalt Rudolf Mosse, Berlin SW.

Der Schundblock hat's geschafft!

Annahme des Schundgesetzes im Reichstag - Ablehnung von Verbesserungsanträgen - Sogar die Kirchenvertreter sind im Gesetz geblieben - Was wird der Reichsrat tun? - Politische Auswirkungen der Abstimmung?

Sitzungsbericht

O. N. Der Reichstag hat gestern das Gesetz gegen den Schund und Schmutz mit 250 gegen 158 Stimmen angenommen. Das ist ein großer Sieg für die deutsche Kultur, die durch dieses Gesetz vor dem geistigen Verfall geschützt wird. Die Reichsversammlung hat sich für den Schund entschieden, was eine ernste Niederlage für die Kulturkämpfer darstellt. Die Reichsversammlung hat sich für den Schund entschieden, was eine ernste Niederlage für die Kulturkämpfer darstellt. Die Reichsversammlung hat sich für den Schund entschieden, was eine ernste Niederlage für die Kulturkämpfer darstellt.

Nach der Rede der demokratischen Abgeordneten Dr. Gertrud Bäumer trat der Reichstag gestern in die allgemeine Aussprache über den Schund und Schmutz ein.

Abg. Dr. Löwenthal (Soz.) beantragte eine Änderung dahin, daß Zeitungen und Zeitschriften ganz allgemein, nicht nur politische, vom Gesetz ausgenommen werden. Der Redner erklärte, er müßte sich für die Vorlesung des Gesetzes einsetzen, da es die Kultur, die von beherrschenden Interessen beim Verbot des Verfalls, "Aha, der Weise" abgehoben worden sind.

Abg. Soerens (Komm.) tritt nochmals für die Ablehnung der Vorlesung ein. Er erhält einen Ordnungsruf, weil er der Redner beleidigt vorgekommen ist.

Der sozialdemokratische, von Dr. Löwenthal begründete Änderungsantrag zum § 1 wird gegen Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt.

Nach Ablehnung aller weiteren Änderungsanträge wird § 1 in namenfälliger Abstimmung mit 249 gegen 158 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Dagegen haben die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die meisten Demokraten gestimmt.

Die §§ 2 und 3, die in der zweiten Beratung abgelehnt worden sind, will der Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten in der Form wieder herstellen, daß die Prüfstellen vom Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit den Landesregierungen nach Bedarf errichtet werden. Ihre Entscheidungen sollen für das ganze Reich Gültigkeit haben. Zur Entscheidung über Einträge und Beschwerden soll eine Oberprüfstelle in Berlin gebildet werden. Die Prüfstelle besteht aus einem beamteten Vorsitzenden und acht Sachverständigen aus den Kreisen der Kunst und Literatur, des Buch- und Kunsthandels, der Jugendwohlfahrt und der Jugendorganisationen. Der Reichsminister soll nach dem Ertrag der Ernennung der Sachverständigen die Vertreter der sieben Berufsstände ernennen. Nur bei Uneinigkeit wird ein Mitglied durch ein weiteres Mitglied ersetzt.

Chamberlain-Poincaré-Briand

Das diplomatische Frühstück am Quai d'Orsay

Paris, 3. Dezember.

Nach dem heutigen Frühstück im Ministerium des Auswärtigen wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben: Sir Austen Chamberlain hat zuerst eine Unterhaltung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré gehabt. Dann haben die beiden Außenminister die verschiedenen Probleme der äußeren Politik besprochen und ganz besonders die Fragen, die auf der Tagesordnung der Geser Beratungen stehen, geprüft. Die Minister haben festgehalten, daß ihre Ansichten übereinstimmen; sie wollen die Unterhaltung über gewisse Details fortsetzen.

Der englische Schatzkanzler, Winston Churchill, ist heute nachmittag, 5 Uhr 40 Minuten, in Paris eingetroffen. Es wird mitgeteilt, daß seine Reise einen vollkommen privaten Charakter hat. Churchill wird wahrscheinlich bereits morgen nach Cannes weiterreisen, wo er einen Erholungsurlaub verbringen will.

Briand und Chamberlain haben nach ihrer Unterhaltung die Vertreter der Presse empfangen und ihnen einige Angaben über die von ihnen besprochenen Fragen gemacht. Briand erklärte, daß er mit seinem englischen Kollegen über die Vertiefung des Verständnisses und über die Kontrollfrage sowie über China und das Mittelmeergebiet gesprochen habe. Zu Beginn der Kontrollfrage sagte Briand, er wisse noch nicht, wann und wie die internationalisierte Militärkontrollkommission durch die vier Verbündeten vorangehende Untersuchungskommission ersetzt werden könne. Lediglich über diese Frage nicht auf der Tagesordnung der bevorstehenden Ratifizierung des Völkerbundes.

Die Frage der Räumung des Rheinlandes und die einer Konferenz der Außenminister Englands, Deutschlands, Frankreichs und Italiens sei noch nicht reif. Briand sagte hinzu, daß die Ereignisse hinsichtlich nicht sehr schnell entschieden würden, denn die internationale Lage laufe nicht mit schnellen Schritten vorwärts.

Sämtliche Änderungsanträge der Sozialdemokraten werden nach kurzer Debatte abgelehnt.

Paragrah 2 wird in namenfälliger Abstimmung mit 237 gegen 146 sozialdemokratische und kommunistische Stimmen bei 29 Enthaltungen der Demokraten in der Fassung des Kompromißantrages angenommen.

Beim Paragrah 3, der die Zulassung der Prüfstellen regelt, wird ein sozialdemokratischer Antrag, der die beehrte Berücksichtigung der Kirchenvertreter freiden will, in namenfälliger Abstimmung mit 238 gegen 168 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt.

Paragrah 3 wird dann in der Kompromißfassung angenommen.

Zum Paragrah 4 (Verfahren der Prüfstellen) beantragen die Sozialdemokraten Streichung der Bestimmungen, daß bei geschäftlichen Anstellungen nicht auf ein sogenanntes oder abgelehntes Verbotverfahren hingewiesen werden darf. Dieser Antrag wird in namenfälliger Abstimmung mit 255 gegen 151 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Paragrah 4 folgt in der Fassung der zweiten Beratung Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten ausgenommen.

Gegen dieselbe Minderheit wird auch Paragrah 5 (Rollen der Verfahren) angenommen.

Unter Ablehnung sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge werden auch die Paragraphen 6 und 7 (Ausführungsbefugnisse) angenommen.

Vor der Schlußabstimmung gibt Abg. Dr. Bahd (Soz.) eine Erklärung der Sozialdemokratischen Fraktion ab, in der es heißt: Vor aller Welt wollen wir in diesem letzten Augenblick noch einmal laut und deutlich feststellen, daß dieses Gesetz in seiner jetzigen Form eine schädliche Bedrohung von Literatur und Kunst ist.

Eine Mehrheit für dieses Gesetz kann nur aufstehen, wenn die Vertreter des alten Kulturliberalismus, der feinergetriggert hat, die Vorkämpfer dieses Gesetzes, die I. O. G. und die I. O. G. bringen. Ihre liberale Exzitation hat die Würde des Gesetzes schänden, so wäre nichts verloren, der gefährdeten Jugend könnte auf andere und wirksamere Weise geholfen werden. Wird das Gesetz abgelehnt, so behält der heutige Tag einen schwarzen Tag für die deutsche Kultur.

Abg. Schrad (Soz.) verlangt nunmehr Aufhebung des Schlußabstimmung, bis die Prüfstelle der dritten Lesung, die von denen der zweiten Lesung abwichen, gedruckt vorliegen.

Dieses Verlangen auf Grund des § 46 der Geschäftsordnung wird den Sozialdemokraten und Kommunisten genügend unterzählt.

Präsident Lohde stellt die Schlußabstimmung juristisch aber darauf aufmerksam, daß er Druck und Zeitende sofort veranlassen werde. Wenn sich auch keine Stimme erheben sollte, so würde doch der Abstimmung in dem Augenblick nichts mehr im Wege stehen, wo die Druckpresse fertiggestellt sei.

Amphibien rufen der Präsident den nächsten Punkt der Tagesordnung auf: Gehörnter zur Kerngebung der Verordnung über Gewerkschaftsreform.

Weissarbeitsminister Dr. Brauns begründet bei Beginn der ersten Beratung die Regierungsvorlage: Mit der Vorlegung dieses Entwurfs lege ich das Verlangen vor, 1. November ein. Das Gesetz soll fortwirken, daß die Gewerkschaften der Wochefortschritt auf die Gewerkschaftsreform angeordnet werden können. Ferner gibt es die gesetzliche Grundlage für die Neuordnung der Berufsvereine. Die Vorlesungen sollen jedoch werden, wenn die Länder betreten und können voranschreiten in nächster Zeit relaxen werden. Außerdem bringt der Entwurf die Erhaltung der Autarkie für die Sozialversicherung der langjährig Gewerkschaften. In dieser Beziehung weitergehenden sozialdemokratischen Antrag bitte ich abzulehnen, so die Länder und Gemeinden die durch ihn hervorgehende Belastung für untragbar erklären. Durch den kommunikativen Antrag, neben Wochenend auch die Gewerkschaftsreform zu gewähren, würde die erwerbslose Frau besser gestellt sein als es derzeitende. Ich bitte deshalb, es bei dem Regierungsvorlage zu belassen.

Abg. Brey (Soz.) erklärt, der Entwurf befriedige keineswegs alle Wünsche der Gewerkschaften.

Die Landesregierungen von Bayern und Württemberg hätten sich auch bei dieser die bei mancher anderen Gelegenheiten als Demission der sozialen Fortschritt betätigt. Die Sozialdemokraten würden heute ihre weitergehenden Forderungen zurückstellen, aber sie würden weiter für diese Forderungen kämpfen. (Abg. Adeli (Komm.).) Die Gewerkschaften sollen also warten! Sieher, antwortet der Redner, Sie können den Gewerkschaften auch nicht mehr verschaffen, als bei den Mehrheitsverhältnissen bei

